

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbildern mit in allen Hälften ersichtlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Döbnerstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 694, Dresdener Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-21, Döbnerstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuformatierte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restanzeigen einschließlich an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Döbnerstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Hälften höchstens behaltene kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 26. Juni 1928

Nummer 147

Die verkappte Große Koalition

Auf Befehl Stresemanns / Sein Brief gegen die Weimarer Koalition / Regierung ohne Bedingungen

Der Weimarer Koalitionsschwindel erledigt

Berlin, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Das Ablenkungsmanöver der Sozialdemokratie mit dem scheinbaren Versuch Hermann Müllers, eine Regierung der Weimarer Koalition zustandzubringen, was von vornherein von niemand ernst genommen wurde, ist beendet. Die Große Koalition wird unter dem Deckmantel des „Kabinetts der Persönlichkeiten“ gebildet, mit dem einzigen Unterschied, daß die bürgerlichen Parteien vollkommen freie Hand für alle einzelnen Entscheidungen behalten und sich nicht auf ein bestimmtes Regierungsprogramm oder auch nur auf die zehn Punkte Hermann Müllers festlegen. Die Bourgeoisie unter Führung der Deutschen Volkspartei als Vertreterin des Truistkapitals hat einen vollkommenen Sieg errungen. Der Vorwärts versucht in seinem heutigen Kommentar zur Regierungsbildung der Arbeiterkammer noch immer glauben zu machen, daß das Kabinetts der Persönlichkeiten keine Große Koalitionsregierung sei.

Es wird heute folgende Ministerliste bekanntgegeben:

Reichsminister: Hermann Müller-Franken,
Minist. f. d. besetz. Gebiete u. Vizeminister: Dr. Wirth,
Innenminister: Severing,
Außenminister: Stresemann,
Finanzen: Dr. Hilferding,
Wirtschaft: Dr. Curtius,
Reichswehr: Groener,
Justiz: Dr. Koch-Weser oder Landsberg,
Post: Dr. Schackel,
Arbeit: Dr. h. c. Brauns,
Ernährung: von Guérard,
Verkehr: Wiffel oder Keil.

Jeder Mensch kann sehen, daß dies die Regierung der Großen Koalition ist. Hier sind die Parteien der Großen Koalition vertreten: Sozialdemokraten, Volkspartei, Zentrum, Demokraten, Bayerische Volkspartei.

Nach weiteren Mitteilungen soll heute darüber entschieden werden, ob die Fraktionen ihre Zustimmung zur Beteiligung ihrer Mitglieder geben. Eine Bindung der Fraktionen soll aber nicht erfolgen. Dies soll erst im Herbst geschehen, wenn die preussische Frage geregelt ist.

Diese Regierungsbildung ist ohne Zweifel ein Erfolg — ein voller Sieg der Bürgerlichen. Die SPD verzichtet auf jede Forderung. Die Kapitalisten übernehmen keine Bindung. Auf dieses Kabinetts der Persönlichkeiten wird bald — die bürgerlichen Zeitungen schreiben diesen Herbst — die formale Große Koalition folgen. Die SPD-Führer treten offen und ohne Bedingungen in den Dienst des Bürgerblocks, das ist wohl der Sinn der Regierungsbildung.

Das zeigt auch der Brief Stresemanns, den dieser durch die Nationalliberalen Korrespondenz verbreiten läßt. Stresemann schrieb an Hermann Müller:

„Ich halte die sogenannte Große Koalition für die beste praktische Möglichkeit, um einigermaßen stabile Regierungsverhältnisse in Deutschland zu schaffen. Dem Versuch, sie auf der Basis eines von den Fraktionen im voraus gebildeten Programms zu bilden, habe ich von vornherein mit Skepsis gegenübergestanden, weil es psychologisch kaum möglich ist, ein auf Jahre berechnetes Programm in wirtschafts-, sozial-, steuer-, innen- und außenpolitischer Hinsicht im voraus von allen beteiligten Fraktionen mißbilligen zu lassen. Nach- dem dieser Versuch, wie Sie mir mitteilen, von Ihnen als Gemeinheitsangelegenheit angesehen wird, beabsichtige ich, die sogenannte Weimarer Koalition zu bilden und habe an mich die Frage gemindert, ob ich bereit sein würde, mich dieser Koalition als Reichsminister zur Verfügung zu stellen. Ich muß diese Frage verneinen. Einmal ist sie angesichts meiner Stellung in der Partei unmöglich, und weiterhin erscheint mir die Weimarer Koalition als eine zu schwache Basis, um die großen außenpolitischen Fragen, namentlich die Frage der endgültigen Reparationslösung, mit der für die Regierung notwendigen Autorität zu vertreten.“

Ich glaube nach wie vor, daß ein Zusammenwirken von Sozialdemokraten bis Volkspartei notwendig und möglich ist.

Dieses Zusammenwirken wird am besten zum Erfolg führen, wenn Persönlichkeiten aus den Fraktionen der Großen Koalition sich über das Programm klar werden, mit dem sie vor den Reichstag treten und ihrerseits mit diesem Programm stehen und fallen. Eine solche Kabinettsbildung entspricht auch dem Geist der deutschen Reichs-

verfassung, die nur die persönliche Verantwortlichkeit der Reichsminister, aber nicht die Verantwortlichkeit der Fraktionen kennt. Da schon, von weinigen abgesehen, über einen großen Komplex von Fragen überhaupt völlige Uebereinstimmung besteht, würde ich vorschlagen, einen solchen Versuch zu machen. Wenn in einigen Fragen nicht alle Fraktionen einstimmig sind, so ist das für das Bestehen der Regierung ebenso wenig entscheidend wie in Preußen, wo 3. B. Sozialdemokraten und Zentrum völlig entgegengelegte Auffassungen über die wichtige Frage der preussischen Stim-

menabgabe im Reichsrat vertreten. Herr Dr. Curtius, auf dessen Verbleiben im Reichswirtschaftsministerium ich entscheidenden Wert lege, teilt, wie ich aus verschiedenen Gesprächen mit ihm weiß, meine Auffassung.“

gez. Stresemann.“

Die sozialdemokratischen Führer haben sich schnell beeilt, dem Wunsch Stresemanns nachzukommen. Die Volkspartei diktiert. Das ist damit ganz klar. Der Schwindel von der Weimarer Koalition ist schneller geplatzt als es die sozialdemokratischen Schieber wünschten.

Für die Arbeiterkammer wird die Situation zum Eingreifen besonders aktuell. Jetzt gilt es, Stellung zu nehmen. Kein Betrieb darf ohne Revolution gegen die Große Koalition bleiben. Ueberall gilt es den Verrat der SPD zu brandmarken.

Die „Richtung des Krieges“

Der neueste pazifistische Schwindel des Dollarimperialismus

Die internationalen Imperialisten suchen nach neuen rhetorischen Mitteln, nach neuen Bluffs, um die immer stärkeren Kriegsrüstungen zu verschleiern. Der Schwindel vom Völkerverbund ist schon zu abgetan, kein Mensch glaubt mehr an die Friedensmission dieser ehrenwerten Genossenschaft. Auch der Abrüstungsschwindel ist angesichts der dauernden Aufrüstung und Geheimrüstungen vor den breiteten Massen entlarvt. Deswegen geht man nun dazu über, einen neuen Schwindel auszuheden, der den Massen vorläufigen soll, daß die imperialistischen Räuber ihr altes Raubhandwerk ausgeben den ewigen Frieden einzeln lassen wollen. Schon im vorigen Sommer hatte die französische Regierung einen Kriegsschlichtungsvorschlag an Amerika unterbreitet. Dieser Vorschlag sollte Frankreich die Vormachtstellung in Europa sichern. Die amerikanischen Imperialisten, die aber selber ein Interesse an einer starken politischen Machtstellung in Europa haben, lehnten eine einseitige Bindung mit Frankreich ab. Sie schlugen dann an Deutschland, Frankreich, England, Italien und Japan einen Kriegsschlichtungsvertrag vor. In diesem Vorschlag wurde bestimmt:

„Artikel 1: Die hohen Vertragsschließenden erklären hierdurch im Namen ihrer Völker, daß sie die Forderung der Neutralität des Krieges zur Lösung internationaler Streitigkeiten verurteilen und auf ihn als Werkzeug staatlicher Politik in ihren Beziehungen zueinander verzichten.“

Artikel 2: Die hohen Vertragsschließenden vereinbaren, daß die Regelung oder Lösung aller Streitigkeiten oder Konflikte, welcher Art oder welchen Ursprungs sie auch sein mögen, die zwischen ihnen entstehen, nie anders als durch friedliche Mittel angestrebt werden soll.“

Wer diese beiden Artikel durchliest, der wird, falls er sie ein wenig aufmerksam betrachtet, sofort merken, daß dieser neue „Vorschlag zur Verhinderung des Krieges“ nichts anderes darstellt, als ein Vorschlag zur Schaffung eines Kriegsbündnisses gegen die durch die Sonderverträge Frankreichs oder die durch den Völkerverbund geschaffenen Verträge. Der Vorschlag bedeutet nichts anderes als ein Bündnis der oben genannten sechs Staaten, unter Führung Amerikas. Alle die Staaten, mit denen Frankreich Bündnisse hat, die die Macht Frankreichs auf dem europäischen Kontinent festigten, waren ausgeschlossen. So ging es auch mit England. Somit bedeutet der Vorschlag nichts anderes als der Versuch Amerikas, seine unumwundene Vor-

machstellung in Europa festzulegen. Denn — nach dem Vorschlag sollen nur die zwischen den Vertragsschließenden auftretenden Konflikte geregelt werden. Nach jeder anderen Richtung hin behält sich Amerika freie Hand.

Die Dollarimperialisten konnten einen solchen Vorschlag machen. Gegenüber Frankreich und England sind sie sehr wohl in der Lage durch die industrielle Konkurrenz und das Finanzkapital zu siegen. Ruhe für das Vordringen gegen die europäische Konkurrenz, das war der Sinn des Vorschlages. Die Rüstungen werden keineswegs beschränkt. Gleichzeitig sollten mit diesem Vertrag die von den französischen und englischen Imperialisten getätigten Bündnisse zerrissen werden. Dadurch verstärkte sich die Macht der amerikanischen Imperialisten. Die Gegenläufe unter den europäischen Kapitalisten aber wurden größer. So ist es klar, daß sich gegen diesen Vorschlag sofort die englischen und auch die französischen Imperialisten wendeten. Sie verlangten das Recht auf „Verteidigungs“ kriege, die Anerkennung der bestehenden Verträge, die Handlungsfreiheit in den Kolonien, die Aufrechterhaltung der Völkerverbündnisse, den Ausschluß Sowjetrußlands usw. Es ist nicht möglich in diesem Artikel auf die Stellung jedes Landes einzeln einzugehen. Die Antworten Englands und Frankreichs zeigen aber deutlich den Gegenangriff dieser Imperialisten. Auch spiegeln die Gegenvorschläge die Interessengegenläufe Englands und Frankreichs wider.

Die einzige Regierung, die zustimmte, war die deutsche Regierung, aber keineswegs aus Friedensliebe, sondern weil sie hoffte, die durch den Vorschlag Kelloggs aufgerissenen Gegenläufe zwischen den Imperialisten für die eigenen imperialistischen Zwecke auszunutzen zu können. Daß es sich für die deutschen Imperialisten nicht um die Frage des Friedens handelt, geht aus folgendem hervor:

„Die deutsche Regierung geht davon aus, daß ein Pakt nach dem Muster der Regierung der Vereinigten Staaten das souveräne Recht eines jeden Staates zur Selbstverteidigung nicht in Zweifel stellen würde.“

Damit zeigte sich ganz klar, daß die deutschen Imperialisten ebenso wenig gegen den Krieg aufzutreten wollen, wie alle anderen.

Auf Grund dieser Stimmen der englischen und französischen Imperialisten macht nun Kellogg einen neuen Vorschlag. In dem bisherigen Text soll folgende Abänderung vorgenommen werden:

„Tief durchdrungen von ihrer erhabenen Pflicht, die Wohlfahrt der Menschen zu fördern, in der Ueberzeugung, daß die Zeit gekommen ist, einen offenen Verzicht auf den Krieg als Werkzeug nationaler Politik auszusprechen und die jetzt glücklicherweise zwischen ihren Völkern bestehenden friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen dauernd aufrechtzuerhalten, in der Ueberzeugung, daß jede Veränderung in ihren gegenseitigen Beziehungen nur durch friedliche Mittel angestrebt werden und nur das Ergebnis eines friedlichen und geordneten Verfahrens sein sollte, und daß jede Signaturmacht, die in Zukunft danach strebt, ihre nationalen Interessen dadurch zu fördern, daß sie zum Kriege schreitet, dadurch der Vorteile, die dieser Vertrag gewährt, verlustig erklärt werden sollte.“

Durch diese Abänderung wird, durch das Zum-Krieges-Schreiten eines Staates, jeder andere vom Vertrage entbunden. Gleichzeitig werden Belgien, die Tschechoslowakei, Kanada, Neuseeland, Irland, Australien, Südafrika und Indien in den Vertrag einbezogen. Das Recht auf Selbstverteidigung wird anerkannt. Das heißt, die europäischen Im-

Verjüngung des Arbeiterportes

Ausschluß der Kommunisten — Aufnahme gelber Sportverbände

Leipzig, 27. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Spaltung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung und die Angriffe auf die Opposition, über die wir bereits gestern berichteten, wurde auch in der Montagitzung fortgesetzt. Es wurde gegen die Stimmen auch sozialdemokratischer Kollegen beschlossen, alle Beziehungen mit der KPD abzubrechen. Darauf wurde der Beitritt zum rein bürgerlichen Ausschluß der Jugendverbände, der gegen den Bund gegründet wurde, der Reichsbanner-Sportverbände und der gelben Eisenbahn-Sportverbände zum Bund beschlossen. Die in Berlin von der SPD schon vollzogene Spaltung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung wurde gutgeheißen. (Bericht siehe im Sportteil.)